



Die Bundesregierung im Klimaschutz-Check

Nicht auf Kurs: Österreich droht EU-Klimaziele 2030 zu verfehlen

Der WWF hat die klimapolitische Bilanz der Dreier-Koalition im ersten Amtsjahr anhand von zehn Schlüsselstellen des Regierungsprogramms überprüft. Insgesamt sind die bisherigen Anstrengungen als weitgehend ambitionslos und lückenhaft zu bewerten. Demnach werden die politischen Prioritäten der Dringlichkeit der Klima- und Biodiversitätskrise in den meisten Punkten nicht gerecht: es gibt deutlich mehr Rückschritte und Versäumnisse als Fortschritte. Angesichts dessen ist der Aufholbedarf bis zum Ende der Legislaturperiode schon jetzt enorm groß.

Zu den größten Fehlern zählen laut der vorliegenden WWF-Kurzanalyse die einseitigen Budgetkürzungen, der weitgehende Verzicht auf Ordnungspolitik, blinde Flecken beim Energiesparen, der fehlende Abbau umweltschädlicher Subventionen sowie das Beharren auf weiteren Autobahnen und Schnellstraßen. Neben der CO₂-Reduktion wird auch das Potenzial natürlicher Schutzmaßnahmen vernachlässigt, die als CO₂-Senken (Stichwort Wald) und für die Anpassung an die Folgen der Klimaveränderung von entscheidender Bedeutung sind.

Auf Basis des ersten Regierungsjahrs erscheint es höchst fragwürdig, wie die Dreier-Koalition die verpflichtenden EU-Ziele bis 2030 sowie die versprochene Klimaneutralität 2040 erreichen will. Allein das Scheitern an den 2030-Zielen würde Mehrkosten bzw. Ausgleichszahlungen in Milliardenhöhe für das Bundesbudget verursachen. Diese Gefahr ist bereits akut, denn die CO₂-Emissionen müssen gemessen am Ausgangsjahr 2005 bis 2030 fast halbiert werden (minus 48 Prozent). Die [Berechnungen des Umweltbundesamts](#) gehen derzeit jedoch davon aus, dass mit den geplanten Maßnahmen nur eine Reduktion um knapp 33 Prozent erreicht werden kann. Selbst hinter diesem Wert stehen angesichts der bisher überschaubaren politischen Ambition große Fragezeichen. Bereits für das Jahr 2025 erwartet das Umweltbundesamt nach mehreren Jahren deutlicher Emissionsreduktionen wieder einen Anstieg der Treibhausgas-Emissionen.

Thema	Stand und Umsetzung	WWF-Forderung
Ökologisierung umweltschädlicher Subventionen	Statt einer Reform hat die Bundesregierung umweltschädliche Subventionen sogar noch ausgeweitet: Konkret die Verdreifachung des Pendlereuros sowie das Streichen der Normverbrauchsabgabe (NoVA) für bestimmte Klein-Laster. Indes haben die Arbeitsgruppen zum Thema bisher ergebnislos getagt.	Umwelt- und klimaschädliche Subventionen sollten zügig abgebaut werden. Laut Wifo werden für umweltschädliche Subventionen jährlich bis zu 5,7 Milliarden Euro ausgegeben. Das tatsächliche Volumen dürfte sogar weit höher liegen, weil noch nicht alle Bereiche erfasst wurden.
Klimaschutzgesetz	Hier herrscht Stillstand, seit im Sommer 2025 ein schwacher Entwurf zum Klimagesetz publik wurde, der weder die Klimaneutralität bis 2040 noch klare Verpflichtungen verankert hat.	Gesetzesbeschluss im Frühjahr 2026 notwendig: mit verbindlichen Reduktionspfaden und Gegenmaßnahmen, wenn Zwischenziele verfehlt werden.
Ausstieg aus Öl und Gas in der Raumwärme	Klare Vorgaben und Verpflichtungen zum Ausstieg aus Öl und Gasheizungen fehlen bis dato. Der Umweltminister hat zudem die Antragsmöglichkeiten für den Sanierungsbonus 2026 gestoppt, nur noch ein Kesseltausch ist möglich.	Reform des Erneuerbare-Wärme-Gesetzes mit einem verbindlichen Ausstiegspfad aus Gas- und Ölheizungen (inkl. Phase-Out für Gasherde). Die ausreichende Finanzierung für den Sanierungsbonus setzt Impulse für Wirtschaft und Arbeitsplätze und verbessert den Bodenschutz.
Energiesparen	Laut EU-Richtlinie (EED III) hätte Österreich bis Oktober 2025 das Energieeffizienzgesetz (EEffG) novellieren müssen. Das ist noch immer ausständig. Ebenso fehlt eine ambitionierte Energiespar-Offensive. 2024 lag der energetische Endverbrauch noch bei 1.026 PJ.	Das EEffG sollte unter Einbeziehung der neuen Zielwerte der EED III aktualisiert werden, das bedeutet einen energetischen Endverbrauch von maximal 904 PJ und einen Primärenergieverbrauch von maximal 1.085 PJ bis 2030. Um das Ziel der Klimaneutralität 2040 zu erreichen, muss der energetische Endverbrauch laut UBA-Szenario auf 722 PJ im Jahr 2040 reduziert werden. Das Prinzip „Energieeffizienz an erster Stelle“ sollte bei der Aktualisierung des EEffG im Vordergrund stehen.
Energiewende	EABG-Entwurf: Das Erneuerbaren-Ausbau-Beschleunigungsgesetz harrt der Umsetzung, auf Basis bisher bekannter Entwürfe erscheint keine	Der naturverträgliche Ausbau erneuerbarer Energiequellen braucht verlässliche Rahmenbedingungen. Das kann



Wir wollen die weltweite Naturzerstörung stoppen und eine Zukunft gestalten, in der Mensch und Natur in Einklang miteinander leben.

together possible™

wwf.at

	naturverträgliche Umsetzung möglich. Vor allem bei der Wasserkraft, jener Erneuerbaren-Technologie mit den negativsten Umweltfolgen, widersprechen mehrere Passagen dem EU-Recht. Das beschlossene EIWG (Elektizitätswirtschaftsgesetz, neuer Name: Günstiger-Strom-Gesetz), hat mehrere Lücken, enthält aber positive Punkte wie einen Sozialtarif zur Bekämpfung von Energiearmut oder bessere Rahmenbedingungen für Bürger:innengemeinschaften und Kund:innen.	durch Zonierungen, Förderungen, bessere Ausstattung der UVP-Behörden sowie bewusstseinsbildende Maßnahmen in der Bevölkerung gelingen. Energienetze und Speicher müssen adäquat und naturverträglich entwickelt werden.
Forstwirtschaft	Im Zuge der RED III-Umsetzung hat die Bundesregierung die Verordnung Nachhaltige forstwirtschaftliche Biomasse Ende 2025 in Begutachtung geschickt: Diese konterkariert die Ziele der zugrundeliegenden EU-Richtlinie und legt Generalklauseln und Ausnahmen fest, die nicht zulässig sind. Das führt zu erheblicher Rechtsunsicherheit für Waldbesitzer:innen und Unternehmer:innen.	Regionalisierte Nachhaltigkeitsindikatoren sind in die Verordnung zu integrieren, vorgesehenen Ausnahmen zur Kaskadennutzung zurückzunehmen, die Altwälder durch hoheitlichen oder Vertragsnaturschutz ausreichend schützen. In der Forstgesetznovelle 2023/24 wurde Klimaschutz und Biodiversität in die Wohlfahrtsfunktion des Waldes integriert. Dies muss im Waldentwicklungsplan entsprechend umgesetzt werden, steht bisher aber noch aus.
Klimawandel-Anpassung der Naturräume	Mit ihrer bisher wenig ambitionierten Bodenpolitik wird die Regierung das Limit von 2,5 Hektar pro Tag nicht erreichen können. Bisher liegt der Bodenverbrauch deutlich darüber, im Schnitt bei 6,5 Hektar pro Tag. Das Budget für den Biodiversitätsfonds von durchschnittlich 16 Millionen Euro jährlich (2022-26) wurde auf fünf Millionen Euro jährlich gekürzt.	Es braucht ein ambitioniertes Bodenschutz-Programm. Gesunde Böden verbessern den Hochwasserschutz, natürlichen Hitzeschutz im Sommer und die Versorgung mit heimischen Lebensmitteln. Zudem sollten Renaturierungsprojekte ausreichend finanziert werden, um die CO₂-Speicherung von beispielsweise Hochmooren oder intakten Wäldern zu garantieren.

Steigerung der CO₂-Speicherleistung	Die Bundesregierung hat noch immer keinen Fahrplan, wie der Wald langfristig wieder zum CO₂-Speicher wird. In Österreich hat man sich lange darauf ausgeruht, dass der Forst ein Speicher war. Doch das hat sich gedreht – mittlerweile wird der Wald immer öfter zur CO₂-Quelle. Für das mehrfach angekündigte Gesetz zur Aufhebung des Verbots der geologischen CO₂-Speicherung liegt bisher noch kein Ministerialentwurf vor.	Umsetzung einer wissenschaftsbasierten Senkenstrategie, die Waldsenken und Biodiversität sinnvoll miteinander berücksichtigt. Die geplante Aufhebung des Verbots von technischer CO₂-Speicherung darf nicht als das Allheilmittel gesehen werden. Prioritär ist die Reduktion von Treibhausgasen und die CO₂-Speicherung durch natürliche Senken.
Finanzierung wichtiger Transformations-schritte	In der Finanzierung von klimafreundlichem Verhalten hat die Bundesregierung viel Budget gekürzt. Insbesondere das Klimaticket wurde massiv verteuert und damit unattraktiver gemacht. Zugleich wurde der Klimabonus ersatzlos gestrichen, wodurch die soziale Abfederung der CO₂-Bepreisung fehlt. Der Bund hat zudem die Sanierungsförderung für Gebäude 2026 vorerst eingestellt.	Öffentliche Investitionen für Energieeinsparung, Energieeffizienz, Energie- und Mobilitätswende müssen erhöht werden. Das stärkt die wichtigen Heimmärkte für Innovationen und Produktentwicklung, generiert regionale Wertschöpfung und schafft bzw. sichert Arbeitsplätze.
Mobilität & Verkehr	Während das Klimaticket verteuert wird, beharrt die Regierung auf teuren Straßenprojekten wie der Lobau-Autobahn, die zu einem vermehrten Verkehrsaufkommen führen werden. Zudem wurde das Budget für den Bahn-Ausbau gekürzt, was hier zu unnötigen Verzögerungen führt.	Masterpläne nach dem Prinzip „vermeiden – verlagern – verbessern“ müssen rasch umgesetzt werden. Vorrang haben der Ausbau öffentlicher Verkehrsmittel, eine sichere Radinfrastruktur, niedrigere Tempolimits und gerechte steuerliche Anreize für klimafreundliche Mobilität.

Fazit und Forderungen

In der Gesamtbewertung wird die bisherige Klimapolitik der Dreier-Koalition aus ÖVP, SPÖ und Neos der Dringlichkeit der Klima- und Biodiversitätskrise nicht gerecht. Ohne eine Kurskorrektur verspielt die Bundesregierung das Erreichen der verpflichtenden EU-Klimaziele 2030 und riskiert damit nicht nur Milliardenrisiken für das Bundesbudget, sondern auch hohe Folgekosten für die gesamte Gesellschaft. Zudem ist noch nicht erkennbar, wie die Koalition die von ihr angekündigte Klimaneutralität 2040 erreichen will. Tatsächlich dominieren kontraproduktive Maßnahmen und Ankündigungen.

Ein vorbeugend wirksamer Klima- und Naturschutz muss die Ursachen und Treiber der Probleme angehen und dafür gut abgestimmte Lösungen entwickeln. Damit würde Österreich unabhängiger von fossilen Energieimporten und seine Krisensicherheit und Resilienz insgesamt erhöhen. Zugleich liegen in der damit verbundenen Transformation neue Chancen für krisensichere Arbeitsplätze, eine höhere Lebensqualität, eine intakte Umwelt und eine global erfolgreiche Wirtschaft. In diesem Sinne muss die Politik diesen Themen auf der Bundesebene die notwendige Priorität geben, Planungssicherheit schaffen und die Finanzierung eines klimagerechten Wandels sichern.

Die folgenden sieben Weichenstellungen sind besonders wichtig, damit Österreich die relevanten Klima- und Umweltziele der Europäischen Union erreichen kann:

- Rascher Beschluss eines wirksamen Klimaschutzgesetzes
- Zügiger Abbau umweltschädlicher Subventionen in Milliardenhöhe
- Umsetzung einer Energiespar-Offensive, bestehend aus einem Fokus auf die thermische Sanierung von Gebäuden, einem beschleunigten Ausstieg aus Öl- und Gasheizungen sowie einer Reform des Energieeffizienzgesetzes
- Ausreichende Finanzierung von Renaturierungsprojekten und vorbeugender Bodenschutz
- Klimafitter und biodiversitätsfördernder Umbau der heimischen Wälder
- Naturverträglicher Ausbau Erneuerbarer Energien unter Einbindung der Bevölkerung
- Stärkere Investitionen in den Ausbau des öffentlichen Verkehrs und der Radwege

Wien, am 25. Februar 2026

Rückfragen

Viktoria Auer
Klima- & Energiesprecherin
viktoria.auer@wwf.at



Wir wollen die weltweite Naturzerstörung stoppen und eine Zukunft gestalten, in der Mensch und Natur in Einklang miteinander leben.

together possible™

wwf.at